Nr. 43 7. Juni 73

GÖTTINGER
BETRIEBSZEITUNG
FÜR DEN ORGANISIERTEN KAMPF IN DEN BETRIEBEN

Inflation und Lohnraub:
Wer kämpft dagegen – und wer nicht?

Im Köln-Mülheimer Kabelwerk Felten&Guilleaumezogen am Dienstag letzter Woche 2000 Arbeiter vor die Werks-halle, sie demonstrierten gegen die Preistreiberei der Unternehmerund forderten vorgezogene Tariferhöhungen. Der BR-vorsitzende Benno Feckler rechnete vor, daß die Facharbeiter im Durchschnittmonatlich „echt 46DM weniger haben" als 1972. Dieser Streik ist nur einer von vielen in den letzten Wochen, (siehe Kasten S.2). Laut "Spiegel" sind außerdem "Hunderte von Basis-Resolutionen aus allen Teilen der BRD" an den Vorstandder IG-Metallgeschickt worden, in denen Lohnerhöhungen als Ausgleich für die Preissteigerungen verlangt werden.



Im Bundestagswahlkampf im vergangenen Jahr versprach die SPD im Falle eines Wahlsieges den Preisanstieg zu bremsen. Nach der gewonnenen Wahl "mahnte" Wirtschaftsminister Friderichs wiederholt die "Tarifpartner" zur Stabilität. Die IG-Metall hielt sich daran:gegen den Willenvieler Gewerkschafter vereinbarte sie mit den Unternehmrn eine 8,5-prozentige Lohnerhöhung. Die Unternehmer lachten sich ins Fäustchen uns setzten munter die Preise rauf: Im Mai waren es schon 8%, bis Ende des Jahres erwartet das Wirtschaftswissenschaftliche Institut der Gwerkschaften eine Preissteigerung von über 11%.

Dagegen ist kein wirtschafts- oder finanzpolitisches Kraut gewachsen:

- solange, wie den Unternehmern die Produktionsanlagen und Waren gehören,
- solange, wie wir eine "freie Marktwirtschaft" haben, in der das Unternehmerinteresse an hohen Profiten herrscht,
- solange kann wieder eine SPD- noch eine CDU-Regierung verhindern, daß die Unternehmer mit überhöhten Preisen so viel Gewinn wie möglich aus den Taschen der Bevölkerung herausholen.

Um das zu verhindern, muß die Herrschaft der Unternehmer über die Produktion aufgehoben werden. Doch nichts liegt der SPD/FDP-Regierung ferner.

STABILITÄTSPOLITIK - FÜR WEN?

Die Bundesregierung behauptet wohl, ihre Stabilitätspolitik habe zum Ziel, Gewinne und Löhne stabil zu halten. Doch tatsächlich haben ihre Maßnahmen zur Folge, daß nur die Gewinne stabil bleiben und sogar noch steigen, während die Kaufkraft der Löhne ständig sinkt.

- Der Wirtschafts- und Sachverständigenrat sagt für die zweite Jahreshälfte einen Anstieg der Nettoeinkünfte der Unternehmer um 24,5% voraus. ▶

INHALTSVERZEICHNIS:

INSANLIK DIŞI BARINAKLAR S.9

- Das DGB-Vorstandsmitglied Martin Heiß in einem Interview mit dem Südfunk Stuttgart: "Die meisten Arbeiter müssen 1973 einen realen Lohnverlust hinnehmen, da die Lohnverbesserungen von den Preissteigerungen und den progressiv ansteigenden Lohnsteuern (die Lohnsteuer steigt schneller als der Lohn) mehr als aufgezehrt werden."

Wenn es nach den Wünschen der Unternehmer und der Bundesregierung geht, wird sich das auch nicht ändern. Wirtschaftsminister Friderichs forderte die Unternehmer auf, die Forderungen Hunderter von Belegschaften nach einer Teuerungszulage unnachgiebig zu bekämpfen: er rügte die Unternehmer, nicht weil sie die Preise rücksichtslos in die Höhe treiben, sondern weil sie "so hohe Effektivverdienste zahlen" und damit der Stabilitätspolitik die "Geschäftsgrundlage" entziehen!

Damit hat Friderichs die Katze aus dem Sack gelassen: die "Geschäftsgrundlage" der Stabilitätspolitik heißt Lohnstopp, also Senkung des Reallohns! Wen wundert es da, wenn Herr Sohl, der Präsident des BDI, meint, das Stabilitätsprogramm der Bundesregierung sei "ein erster Schritt in die richtige Richtung".

Hier wird klar: stabile Gewinne und stabile Löhne lassen sich nicht gleichzeitig erreichen. Die Interessen von Arbeiterklasse und Unternehmerklasse lassen sich nun mal nicht auf einen Nenner bringen.

DIE ROLLE DER SPD...

Das wissen auch die Unternehmer. Wenn sie mit ihren Märchen von Klassenversöhnung und Sozialpartnerschaft offen vor die Arbeiterklasse treten würden, hätten sie ihr Spiel bald ausgespielt. Doch diese Arbeit nehmen ihnen die SPD und die mit der SPD verfilzte Gewerkschaftsführung ab. Wenn man der SPD glauben soll, so sollen die Arbeiter ja nicht für immer Lohnverzicht üben - nein, nur solange, "bis die Stabilitätspolitik greift". Die Arbeiter sollen schön ruhig den Lohnverlust hinnehmen, dann werde man die Preise 1974 (!) schon in den Griff bekommen. So und ähnlich lauten die Märchen, mit denen die Belegschaften verwirrt und gespalten werden sollen.

Dabei weiß die SPD-Führung genau: ihre Stabilitätspolitik soll gar nicht die Löhne stabilisieren, sondern die Gewinne. Deshalb sind alle Versprechungen und Vertröstungen der SPD eine bewußte Täuschung der Arbeitermassen. Die SPD nutzt das Vertrauen aus, das die Arbeiterklasse in sie setzt, und verspricht ihr das Blaue vom Himmel - nur um die Arbeiter und Angestellten davon abzuhalten, für ihre berechtigten Interessen zu kämpfen.

...UND DIE MIT IHR VERFILZTEN GEWERKSCHAFTSFÜHRUNGEN

Der Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Herr Eichler, appellierte an die Gewerkschaften, ihre ganze Überzeugungskraft gegenüber ihren Mitgliedern aufzubieten, um Verständnis für die Stabilitätsmaßnahmen der Bundesregierung zu erreichen. Diesen Gefallen tun ihm die Gewerkschaftsführungen gerne. Wiederholt erklärte Loderer, die IG Metall wolle "keinen Nachschlag" verlangen, um die Stabilitätspolitik der Bundesregierung nicht zu gefährden. Selbst jetzt, wo Hunderte von Resolutionen und zahlreiche Streiks zeigen, daß viele Kollegen sich nicht mehr länger hinhalten lassen, denkt die IG Metall-Führung nicht daran, die wachsende, aber noch zersplitterte Unzufriedenheit und Kampfbereitschaft in den Betrieben zu organisieren und ihr ein gemeinsames Ziel zu geben. Auf diesem Weg könnten die Unternehmer so unter Druck gesetzt werden, daß sie einer vorzeitigen Kündigung der Tarifverträge und einer Lohnerhöhung zustimmen.

Doch anstatt die Belegschaften zu mobilisieren, versucht die IG-Metall-Führung die Wogen zu glätten:

- In Nordrhein-Westfalen brachten Geheimverhandlungen einen faulen Kompromiß: eine Nachzahlung von 280 DM für die Beschäftigten der Stahlindustrie. Der Betrag soll ab Juni in 4 Monatraten zu je 70 DM ausgezahlt werden. Das sind etwa 40 Pfennig die Stunde. Mit dem Nachschlag ist ein Kompromiß verbunden, wonach die Leistungen aus dem neuen Manteltarifvertrag nicht ab Juli, sondern erst ab 1. Januar 1974 wirksam werden. Außerdem: was machen die Kollegen im Oktober, wenn sie 70 DM weniger Lohn haben?
- Die IG Metall-Führung unterstützt innerbetriebliche Lohnverhandlungen. Dadurch werden die Betriebe voneinander isoliert und die Kampfkraft der Gewerkschaft geschwächt.
- Loderer schlägt den Unternehmern vor: "Wir können doch den ohnehin zum Jahresende auslaufenden Tarifvertrag über das Urlaubsgeld vorziehen". Seine Vorstellung: eine Erhöhung des Urlaubsgeldes von derzeit 30 auf 50%. IGM-Bezirksleiter Steinkühler begründet das so: "Da dieser Betrag aber im Ausland ausgegeben wird, ist er stabilitätspolitisch zu vertreten". - Keine Rede davon, daß sich die Lage der Arbeiter verschlechtert. Auch das ist eine einmalige Zahlung. Und laut "Spiegel" verlangen die Unternehmer als Gegenleistung weitgehende Zugeständnisse der IGM für die nächste Tarifrunde.

> -2500 Arbeiter der Landmaschinenfabrik John Deere in Heidelberg streiken seit über einer Woche für 70 PF für Arbeiter und 120 DM monatlich für Angestellte.
> -Streikende Rheinstahl-Arbeiter in Meiderich fordern 100 DM pro Monat ab sofort
> -streikende Ford-Kollegen in Köln forderten 60 Pf
> -Mannesmann Heidelberg: 45 Pf
> -AEG-Mannheim: 1 DM
> -Motorenwerke Mannheim: 50 Pf
> -Vertrauenskörper von Ford Merkenich: 60 Pf
> -Krone Westberlin: 60 Pf
> Krone und Ford fordern außerdem die sofortige Kündigung der Tarifverträge. Ebenso Opel-Rüsselsheim.

Unterdessen haben 1000 Arbeiter der Mannesmann-Hüttenwerke in Duisburg-Huckingen mit einem 3-stündigen Streik "beide Seiten" davor gewarnt, mit dem 280,- DM Angebot die Belegschaften zu verschaukeln. Fast täglich kommt es zu Streiks in Metallbetrieben der Bundesrepublik. Schon sind Hunderte von Resolutionen beim IGM-Vorstand eingetroffen. Dieser Druck auf die Unternehmer aber auch die Gewerkschaftsführung muß verstärkt werden. Das ist der richtige Weg, um die Forderung nach vorzeitiger Kündigung der Tarifverträge und Lohnerhöhungen durchzusetzen.

▶ Kollegen!
Schickt Resolutionen an die Bezirksleitung und den Vorstand der IG Metall!
▶ Diskutiert und ergreift Maßnahmen im Betrieb! ■

Ständiger Lohnraub in der Fräsererei

In der Gleitlagerfräserei bei den Sartorius-Werken wird eine kleine Gruppe von Kollegen ständig um einen erheblichen Teil ihres Lohnes betrogen. Die Verdienstmöglichkeit an den beiden Theil-Fräsbänken ist so gering, daß die Kollegen im Durchschnitt noch nicht einmal auf die Akkord leistung von 109% kamen. (Laut Manteltarifvertrag muß ein Akkordarbeiter bei Normalleistung mindestens 109% erreichen können. § 13,2). Der Jahresdurchschnitt der Kollegen lag 1972 nur bei 106%. Die durchschnittliche Akkordleistung bei den Sartorius-Werken liegt aber bei 138%. Die folgende Rechnung verdeutlicht um wieviel Geld die Kollegen monatlich betrogen werden:

Lohngruppe 7 bei 138% (Werksdurchschnitt)	1.307, 88 DM
Lohngruppe 7 bei 106% (tatsächlicher Lohn)	987, 83 DM
Betrugsdifferenz	320, 05 DM

Die Kollegen werden also, bis auf einen, monatlich um 320,05 DM betrogen.

Doch damit nicht genug. Obwohl sie alle die gleiche Arbeit machen -es handelt sich hier um vier Kollegen-, sind alle in verschiedenen Lohngruppen eingestuft.

Ein Kollege bekommt Lohngruppe 7 plus 25% (Festlohn), weil er sich noch an der Maschine einarbeiten muß. Er ist von dem Betrug also nicht in dem Ausmaß betroffen, wie die übrigen. Allerdings leistet er inzwischen genauso gute Arbeit wie die übrigen Kollegen und würde, wenn er jetzt im Akkord arbeiten müßte, ca. 200 DM weniger verdienen.

- Der zweite Kollege bekommt Lohngruppe 7 = 5,48 DM im Akkord.
- Der dritte Kollege bekommt Lohngruppe 8 = 5,80 DM im Akkord.
- Der vierte Kollege bekommt Lohngruppe 9 = 6,38 DM im Akkord..

Über ein Jahr lang, und einzelne sogar länger, haben sich die Kollegen das bieten lassen. Selbst die Eingruppierung in unterschiedliche Lohngruppen haben sie ohne energischen Widerstand hingenommen. Auch der Betriebsrat, dem der Fall bekannt war und dessen Pflicht es gewesen wäre, dieser ungleichen Behandlung von Kollegen im Betrieb nach § 75 BVG entgegenzutreten, unternahm nichts.
Die dauernden Preissteigerungen und der viel zu niedrige letzte Tarifabschluß haben zu einem erheblichen Abbau der Reallöhne geführt. Das hat kürzlich sogar der DGB zugeben müssen. Und genau diese Tatsache hat auch die Kollegen in der Fräserei geradezu gezwungen, ihre Interessen jetzt gemeinsam durchzusetzen. Ihre wirtschaftliche Existenz ist bedroht und sie können bei den Preissteigerungen absehen, wann sie nicht mehr über die Runden kommen. (Einer der Kollegen hat vier Kinder.)
Aus diesem Grund schrieben sie gemeinsam ein Papier an den Betriebsrat, in dem sie den Betriebsrat über die bestehenden Mißstände (zu geringe Verteilzeit, zu geringe Planzeiten, Verlust- und Wartezeiten) nochmals unterrichteten und ihn aufforderten jetzt endlich tätig zu werden.

Ein erster Erfolg stellte sich auch schon ein, indem die Kollegen den Betriebsrat mit ihrem Papier zwangen, sich intensiv mit ihren Problemen zu befassen. Der Betriebsrat wird nun dafür zu sorgen haben, daß die Kollegen am Arbeitsplatz unter gleichen Bedingungen arbeiten und das heißt:

- daß alle die gleiche Lohngruppe erhalten
- und daß eine angemessene Verdienstchance im Akkord gewährleistet wird.

Und angemessen heißt bei den Sartorius-Werken 138%.

Bisher ist der Betriebsrat, insbesondere sein Vorsitzender, der immer von der vertrauensvollen Zusammenarbeit mit der Geschäftsleitung spricht, einer Konfrontation mit der Geschäftsleitung ausgewichen. Doch jetzt, nach dem Papier der Kollegen, wird er sich um die Angelegenheit kümmern müssen.
Außerdem ist der Betriebsrat nach dem Betriebsverfassungsgesetz auch dazu verpflichtet (§ 75 BVG).
Dabei macht es die Geschäftsleitung dem Betriebsrat sehr einfach, sich für die Kollegen einzusetzen. Die Argumente der Geschäftsleitung sind so schwach und unglaubwürdig, daß man nur darüber lachen kann. Von einem Kollegen behauptet sie z.B., daß er sich mit 106% zufrieden gibt, also keine Normalleistung erbringt. Von einem anderen Kollegen behauptet sie, daß er nicht mehr leisten will, also auch keine Normalleistung. Da die beiden anderen Kollegen aber leistungsmäßig gleich liegen, kommen sie also auch nicht auf Normalleistung. Wie widersinnig diese Argumente sind, zeigt schon die Tatsache, daß zwei der Kollegen auch schon an anderen Maschinen gearbeitet haben und da sehr wohl auf ihre Prozente gekommen sind.
Der Betriebsrat muß nun endlich etwas unternehmen. Er kann nicht fortgesetzt seine Pflichten verletzen und die Kollegen hängen lassen. Natürlich ist es nicht das Ziel der Kollegen, den Betriebsrat anzuschwärzen. Es ist ihr Ziel, ihre Interessen durchzusetzen und den Betriebsrat zu einer konsequenten Interessenvertretung anzuhalten. ■

KONTAKTADRESSE

Wir fordern jeden Kollegen auf, der unsere Auffassung teilt, an der GBZ mitzuarbeiten. Wenn Ihr Euch nicht an Kollegen wenden könnt, von denen Euch bekannt ist, daß sie an der GBZ mitarbeiten, dann wendet Euch direkt an die GBZ:
34 Göttingen, Rote Straße 1; Tel.: (0551/) 4 26 17

Spendenkonto für die

GÖTTINGER
BETRIEBSZEITUNG
FÜR DEN ORGANISIERTEN KAMPF IN DEN BETRIEBEN

Städt. Sparkasse
Kontonummer: 107 00 77

Conti: Folgen ungelöster Akkordprobleme

Nur persönliche Konsequenzen?

Uns ist kürzlich folgender Brief zugegangen:

Lieber Kollege — Dasinghausen, den 5.5.73

Möchte hier mitteilen wie sich der Betriebsrat der Kollege Pätzold im Werk Northeim verhält. Ich habe ihn schon mehrere Male angesprochen wegen unserer Lohnangleichung. Die, die Qualitätskontrolle schriftlich eingereicht hat. Er hatte versprochen sich der Sache anzunehmen. Wie auch der Kollege Haufner. Aber er ist ja so beschäftigt mit seinem Warenverkauf im Betrieb daß er ja keine Zeit für die Kollegen im Betrieb hat. So ist es am Donnerstagnachmittag zu einer Auseinandersetzung zwischen dem Kollege Pätzold und mir gekommen. Im Beisein von Herrn [redacted], Herr [redacted] und Herr [redacted], * diese Personen sind Zeugen was der Kollege Pätzold gesprochen hat. Ich hatte ihn am Donnerstag mehrmals vergeblich angerufen. Da habe ich ihn im Betrieb gesehen wie er an ei Gastarbeiterin Schuhe verkauft hat. Ich habe zu ihm gesagt:" Darf ich dich mal unterbrechen?" Er möchte mal ins Büro kommen. Wir hätten ihn gerne mal gesprochen. Herr [redacted] und ich! wir hatten ihn durch den Verkauf, den er im Betrieb soeben gemacht hatte, hart angesprochen. Er sollte den Verkauf unterlassen und sollte sich mehr den Kollegen widmen. Da sagte er, das hätten wir nicht zu bestimmen. Wenn wir so mit ihm sprechen würden dann würde wir bei ihm keinen Pfifferling mehr verdienen. Wir wären gesund Männer und sollten an die Walze gehen oder zu den Krümmerheizern. Da könnten wir mehr Geld verdienen. Aber wir wären ja faule Schweine. Und würden uns in der Qualitätskontrolle herumdrücken. Wir möchten das dieses Schreiben veröffentlicht wird. xx

Mit freundlichen Gruß

x)die Namen sind der Redaktion bekannt

xx) Wir haben die letzten 2 Sätze gestrichen, weil sie sich erledigt haben.

Wir brauchen an dieser Stelle nicht mehr viel über den Verkauf zu sagen. Aber der Brief des kollegen bestätigt, daß der Kollege Pätzold seine Aufgaben als Betriebsratsvorsitzender zugunsten des Warenverkauf vernachlässigt hat.

Einige Worte muß man darüber verlieren, wie er in diesem Fall dem Kollegen gegenübergetreten ist. Wir können uns nicht erlauben, über den Streit zu urteilen. Aber es geht nach unserer Meinung nicht an, daß ein Betriebsratsmitglied -auch wenn es zum Streit kommt- sich zu Beschimpfungen hinreißen läßt, statt den Kollegen weiterzuhelfen. Wenn es dann aber noch dazu kommt, daß einige Betriebsräte fordern, man müsse den Kollege, der dem Betriebsratsvorsitzenden seine Meinung gesagt hat, verwarnen oder sogar fristlos entlassen, dann muß man sich doch fragen, ob da nicht die Geschäftsleitung spricht - aber nicht Interessenvertreter der Belegschaft.

Aber das eigentliche Problem, das diesem Streit zugrundeliegt, ist folgendes: ungelöste LOHN- UND AKKORDFRAGEN Das wird im Brief auch angesprochen.
Es ist doch eine Tatsache, daß besonders in letzter Zeit die Kollegen immer schwerer auf ihr Geld kommen. Wenn überhaupt. Und sie erwarten vom Betriebsrat mit Recht, daß er ihnen hilft. Doch auch in den vielen Fällen, wo der Betriebsrat sich bemüht hat, konnten die Kollegen mit den Ergebnissen kaum zufrieden sein.
Wir müssen deshalb untersuchen, warum trotz Bemühungen der Akkordkommission (der für Lohn- und Akkordfragen zuständige Ausschuß des Betriebsrates) nicht viel herausgekommen ist.

WIE HAT DIE AKKORDKOMMISSION BISHER GEARBEITET?

Die Akkordkommission behandelte und regelte Beschwerdefälle. Sie war ausschließlich damit beschäftigt, sich nachträglich mit den durch die "Abteilung Arbeit" geschaffenen Tatsachen zu befassen. Die Akkordkommission trat als Feuerwehr auf. Zu einer voraus schauenden Politik kam es aus zwei Gründen nicht:
1. erlaubte die Vielzahl der Fälle, denen sie nachgehen mußte, gar kein systematisches Vorgehen und 2. fehlte auch jede Perspektive für eine solche Politik.

Ein Grund für die fehlende Perspektive ist offenbar darin zu sehen, daß die Akkordkommission und die Kollegen sich nie die Bedingungen klargemacht haben, unter denen die Akkordkommission arbeiten muß. Das Ziel war es, soviel wie möglich für die Kollegen herauszuholen. Das ist natürlich richtig. Das war aber nur in den engen Grenzen möglich, die das Akkordsystem setzt. Das bedeutet, daß die Akkordkommission versuchen muß, Fehler bei der Ermittlung der Zeiten oder Versämnisse der Abteilung Arbeit nachzuweisen.
Deshalb lief die Akkordkommission im Grunde genommen der Abteilung Arbeit immer hinterher. Und noch nicht einmal in allen Fällen war ihr das möglich.

Wie sieht es mit der Arbeit der Akkordkommission also aus? Da ist doch gar keine Macht dahinter! Alle Verhandlungen mit der Abteilung Arbeit laufen auf Kuhhandel hinaus. Die Abteilung Arbeit gesteht der Akkordkommission nur deshalb manchmal einen Erfolg zu, weil sie sich ja grundsätzlich sicher ist, daß sie ihre Vorstellungen durchsetzt. (Und die Vorstellungen der Abteilung Arbeit sind allemal die Vorstellungen der Geschäftsleitung über höhere Produktion auf Kosten der Arbeiter. Deshalb ist die Abteilung Arbeit auch alles andere als neutral.)

DIE PROBLEME NEHMEN ZU

Die Situation hat sich aber noch weiter verschärft. Das ganze Ausmaß der Arbeitsbelastung und die schlechte Arbeitsorganisation werden durch die Vorgabezeiten gar nicht erfaßt. Das wird z.B. daran deutlich, daß die Abteilung Arbeit bei der Ermittlung der Zeiten einfach davon ausgeht, daß die Arbeitsorganisation klappt, obwohl sie nicht klappt. Das sieht so aus: Wenn eine Zeitaufnahme gemacht wird, sorgt die Meisterei für ordnungsgemäße Arbeitsabläufe und reibungsloses Organisation. Alles Klappt wie am Schnürchen. Wenn später mit den Akkorden gearbeitet werden muß, ist die Arbeitsorganisation so unzureichend wie zuvor. Deshalb kommt es zu ständigen Arbeitsstörungen. Für die Arbeiter ergibt sich damit ein ständiger Kampf mit den Aufsichtspersonen um die Dauer der Störungsbezahlung. Um ▶

diesem ständigen Kampf aus dem Wege zu gehen, holen die Kollegen die Störzeiten durch verstärkte Arbeitsleistung auf. Damit haben die Werkleitung und die Abteilung Arbeit erreicht, was sie wollten: es wird nach den schärferen Akkorden gearbeitet.

Doch die Betriebsräte sind dagegen allein ziemlich machtlos. Da sie auf den Gewerkschaftsschulen dasselbe lernen, wie die Arbeitsstudienleute und ihre Uhren auch gleich schnell laufen, ist für eine Interessenvertretung der Kollegen nur ein winziger Spielraum vorhanden: Nämlich dann, wenn die Abteilung Arbeit sich verrechnet hat. Einzige Möglichkeit wo der Betriebsrat für die Kollegen etwas herausholen kann, sind solche Rechenfehler oder die Schätzung des Leistungsgrades.

Aber die Kollegen beurteilen das ganze Problem zu recht aus ganz anderer Sicht: nämlich von ihren Interessen her. Sie wollen mehr Geld wegen der ständig steigenden Arbeitshetze oder eine Zurücknahme der Akkordverschärfungen. Wie das der Betriebsrat verwirklichen soll, darüber machen sie sich keine Gedanken.

Wenn sich die Betriebsräte aber darüber beklagen, daß die Kollegen sich darüber keine Gedanken machen , dann muß man sich fragen, woran das liegt. Zunächst mal muß man sagen, daß sich darin zeigt, daß die Kollegen davon ausgehen , was sie brauchen. Und nicht davon, was irgendwelche "wissenschaftlichen" Systeme, durch die sowieso niemand durchsteigt und von denen sie bisher nur beschissen wurden, ihnen vorschreiben. Und das ist auch richtig so!

Andererseits machen sich die Kollegen deshalb keine Gedanken darüber, wie der Betriebsrat ihre Forderungen durchsetzen kann, weil die Akkordkommission mit den Kollegen auch nie diskutiert hat, wie das möglich ist: sie hat nur Beschwerdefälle entgegengenommen und dann hat sie mit der Abteilung Arbeit darüber verhandelt und schließlich nachdem alles gelaufen war, hat sie den Kollegen das Ergebnis unterbreitet. Im Grunde hat sie den Kollegen nicht gesagt, unter welchen Bedingungen sie arbeitet, wieviel oder wie wenig sie grundsätzlich erreichen kann. Damit hat sie die Kollegen aus den Konflikten herausgehalten und sie auch davon abgehalten, nach einem Weg zu suchen, wie sie ihre Interessen wirksam durchsetzen können. Und das ist ein Fehler der Akkordkommission.

WIE KANN ES WEITERGEHEN?

Wir müssen offen darüber diskutieren, daß die Akkordkommission gar nicht in der Lage ist, die Forderungen der Kollegen befriedigend durchzusetzen. Denn Akkordfragen lassen sich nicht durch Verhandeln und Tauziehen mit der Abteilung Arbeit hinter verschlossenen Türen lösen.
ALLEN MUSS KLAR WERDEN, DASS AKKORDFRAGEN MACHTFRAGEN SIND! Genau wie Lohnfragen.
Nur wenn die Kollegen in ausführlicher Beratung mit der Akkordkommission alle Maßnahmen erörtern, wie sie ihre Forderungen durchsetzen können, besteht auch die Möglichkeit, daß die Forderungen durchkommen. Die Akkordkommission führt dann die Verhandlungen im Auftrag der Kollegen. Dann sind es nicht die Mitglieder der Akkordkommission, die in aussichtslosen Verhandlungen die Forderungen durchsetzen wollen, sondern dann stehen alle betroffenen Kollegen dahinter. Sie können beim Scheitern der Verhandlungen durch Geschlossenheit Druck ausüben.
DENN AKKORDFRAGEN SIND MACHTFRAGEN! ■

Holtenser Berg

Mieter geben nicht auf

Der Offene Brief an die Göttinger Wohnungsbau GmbH und an die Ratsfraktionen der Stadt Göttingen mit den Forderungen der Mieter (s. GBZ Nr. 42) ist von isgesamt 500 Mietern des Holtenser Berges unterschrieben worden. Von der Wohnungsbaugesellschaft haben die Mieter inzwischen eine Antwort bekommen, die sie höchst lächerlich finden. Auf einer zweiten Mietervollversammlung in der letzten Woche haben die Mieter diese Antwort besprochen.
Darin heißt es:
Die im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau geltende Mietobergrenze (z.Zt. 4,o5 DM/qm Wohnfläche) kann, bedingt durch die sprunghafte Entwicklung auf dem Bau- und Kapitalmarkt, überhaupt nur durch das starke finanzielle Engagement der Stadt Göttingen (Bereitstellung zinsloser städtischer Förderungsmittel in Höhe von bis zu 1o.ooo,-DM/je W) eingehalten werden. Ohne die zusätzliche Förderung der Stadt Göttingen läge die Kostenmiete heute bei 5,52 DM/qm Wohnfläche.
Was heißt das im Klartext?
Im Klartext heißt das, daß die Herren von der Wohnungsbaugesellschaft überhaupt nicht auf die Argumente der Mieter eingehen. Allein der Ausdruck: "...Mietobergrenze z.Zt. (!)4.05 DM/qm...." sagt, daß die Mieten jederzeit steigen können, nämlich dann, wenn die Kosten steigen. So heißt es dann auch im nächsten Absatz der Antwort:
Unsere Gesellschaft ist nach den Bestimmungen des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes und des Wohnungsbindungsgesetzes an die Kostenmiete gebunden. Sie setzt sich aus laufenden Aufwendungen wie Kapital-, Betriebs-, Instandhaltungs- und Verwaltungskosten zusammen. Eine Erhöhung dieser laufenden Aufwendungen - auf die die Gesellschaft keinen Einfluß zu nehmen vermag - muß zwangsläufig zu einer höheren Kostenmiete und damit zu Mieterhöhungen führen.
- zwangsläufig, ja - solange die Unternehmer Profite machen können!

Daß die Mieten im sozialen Wohnungsbau Kostenmieten sind, wissen die Mieter. Aber gerade dagegen wehren sie sich!! Denn Kostenmieten sind kein Schutz gegen Mieterhöhungen, das wird in der Antwort selber zugegeben.
Dasselbe, was die Herren von der Wohnungsbau so ausdrükken: " Sie (die Kostenmiete nämlich) setzt sich aus laufenden Aufwendungen wie Kapital-, Betriebs-, Instandhaltungs und Verwaltungskosten zusammen".
drücken die Mieter in ihrem Offenen Brief viel klarer aus. Sie sagen:
"Die 'Kosten' enthalten im wesentlichen die Grundstückspreise und Baukosten. Das heißt, daß wir mit der 'Kostenmiete' die Profite der Bodenspekulanten ... und der Bauunternehmer zahlen."
Deshalb wehren sich die Mieter gegen die Kostenmiete, Sie wehren sich gegen die Profite der Bau- und Grundstückskapitalisten und der Banken und fordern eine Miete, die sich nach dem Einkommen des Hauptverdieners der Familie richtet.
Aber natürlich dürfen die Mieter sich nicht der Illusion hingeben, sie könnten ihre Forderungen allein durch die Unterschriften durchsetzen oder dadurch, daß sie alles dem Mieterkreis überlassen. Freiwillig haben die Kapitalisten noch nie etwas hergegeben. ▶

Ihre Forderungen können die Mieter nur durchsetzen, wenn sie gemeinsam kämpfen. Und das iss notwendig, denn die nächste Mieterhöhung aufgrund der 5-, 10- und 15- Jahres-klausel steht bei den meisten Mietern schon fürs nächste Jahr ins Haus. Und diese Mieterhöhung wird kein Pappenstiel mehr sein! 56 pfg. Mieterhöhung pro qm bedeutet bei 80 qm 45,-DM im Monat mehr.

Wichtig ist, daß dieser Kampf auch auf breiter Ebene geführt wird. Deshalb erinnern wir an dieser Stelle noch einmal an den Aufruf des Mieterkreises, den wir in der letzten GBZ abgedruckt haben. Mieter aus anderen Wohngebieten des "sozialen" Wohnungsbaus mögen sich an den Mieterkreis Holtenser Berg wenden.

Kommunisten werden gejagt –

Faschisten werden geduldet!

Da sind sie also wieder, die faschistischen Schlägerhorden, die "im Ernstfall" für die Kapitalisten und ihre Staatsgewalt und in ihrem Auftrag gegen Demokraten und Kommunisten vorgehen, und es auch schon getan haben. Sie geben einerseits unverblümt zu, daß ihre Aufmerksamkeit den "Linken, Jusos, wie sie alle heißen" gelten, sie tarnen andererseits ihre wahren Ziele hinter der Angst des Bürgers vor Kriminalität und Haschisch; damit, sowie mit sozialer Demagogie (" Es sollen keine Häuser leerstehen") suchen sie, die durch die Verschlechterung ihrer Lebenslage Verunsicherten und Verängstigten zu gewinnen.
Auch Studenten sind zu ihnen gestoßen, solche, die vor dem Aufschwung der demokratischen Bewegung (diffamiert als "Terror") die Flucht in die Gewalt suchen.



Kampftruppe französischer Faschisten bald auch wieder bei uns ?

Sofort stellen sich auch einige Kapitalisten ein (die natürlich ungenannt bleiben wollen, versteht sich) , die ihre Sympathie mit dem Scheckbuch bekunden.
Das ganze vollzieht sich unter wohlwollender Duldung des bürgerlichen Staates: ein Reserveoffizier bildet die Truppe im Nahkampf aus (!), die bürgerlichen Parteien am Ort CDU, SPD, FDP, "distanzierten" sich lau von diesem Treiben. (s. Göttinger Allgemeine, 2 Tage später). Natürlich denkt der bürgerliche Staat nicht daran, gegen diese seine "im Ernstfall" tatsächlich treuesten Verbündeten vorzugehen.
Im Gegenteil, der Terror von rechts gegen die demokratische Bewegung, sei er nun von den reaktionären staatlichen Organen oder von faschistischen "illegalen" Schlägertrupps vorgetragen, findet immer die Billigung des bürgerlichen Staates.
Diesen faschistischen Tendenzen müssen sich alle Demokraten entschieden entgegenstellen.
Aber da eine faschistische "Machtergreifung" nicht aktuell ist, bekämpfenwir den Faschismus am besten, indem wir die demokratische Bewegung stärken: durch den Ausbau erkämpfter Positionen und die Abwehr aller Angriffe auf unsere wirtschaftliche Situation sowie vor allem auf unsere demokratischen Rechte, indem wir uns unsere Rechte nehmen und sie ausnutzen.
Gleichzeitig fordern wir: Verbot aller faschistischen Schlägerhorden, Auflösung der Bürgerwehr in Göttingen.

Freispruch für Ex-NPD-Chef von Thadden

Limburg (lh) Der ehemalige NPD-Bundesvorsitzende Adolf von Thadden (51) aus Hannover ist vom Limburger Landgericht von der Anklage der Körperverletzung freigesprochen worden. Ein Einzelrichter entsprach damit der Forderung der Verteidigung, während die Anklage eine Geldstrafe in Höhe von 1300 Mark gefordert hatte. Der Ex-NPD-Chef mußte sich vor Gericht verantworten, weil er anläßlich eines Treffens von NPD-Funktionären in Weilburg im September 1971 einen 20jährigen Gewerkschaftler krankenhausreif geschlagen hatte. Der Richter, der von Thadden Notwehr zugestand, meinte, die Zeugen hätten kein gutes Bild abgegeben, außerdem habe der 20jährige den Ex-NPD-Chef provoziert.

aus: Göttinger Allgemeine 24. 5. 1973

Bürgerwehr der „biederen Bürger"

CDU-Mitglied wirbt – Ausbildung in Nahkampf und Schießen

Göttingen. „Zum Aufbau einer Bürgerwehr suchen wir noch junge, kräftige Männer. — Bewerbungen an Wolf Morgenstern, Göttingen, Hermann-Hanker-Straße 3" — so wirbt der ehemalige Bundeswehrsoldat Wolf Adelhard Morgenstern, 32 Jahre alt, verheiratet, Vater dreier Kinder, für eine Gruppe von Gleichgesinnten, die sich zur „gemäßigten Mitte" rechnet, im Ernstfall aber „als Antwort da sein" will.

Morgenstern, seit seinem Weggang von der Bundeswehr Gärtner bei einer Göttinger Behörde, wohnt in einer kleinen Wohnung eines Reihenhauses an der Hermann-Hanker-Straße. Zwölf Mann ist die „Bürgerwehr", wie er sie bezeichnet, stark, seit einhalb Jahren existiert sie etwa. Seitdem üben die Männer — Lehrer, Handwerker, Maurer und Studenten — in einem Steinbruch in der Nähe Göttingens — in erster Linie Nahkampf. Morgenstern („Ich war nie in der NPD"), Mitglied der CDU, spricht auch von Schießausbildung in einem Schießkino, das in einem Privathaus untergebracht ist.

Leiter der Gruppe — eine eigentliche Hierarchie gibt es laut Morgenstern noch nicht, „dazu sind wir noch zu wenig" — ist ein Offizier der Reserve der Bundeswehr. Auch „rechte" SPD-Mitglieder sind laut Morgenstern Mitglieder dieser Gruppe.

Anlaß für die Gründung der „Bürgerwehr" ist, wie Morgenstern erklärt, das Verhindern von Hasch und anderen Rauschgiften gewesen. Anlaß für die Werbeanzeige waren die Rathausbesetzung in Bonn und die Vorfälle in Frankfurt um die besetzten Häuser. Dabei hat Morgenstern durchaus Sympathie für die Hausbesetzer („Es sollen keine Häuser leerstehen") — daß sie gegen die Polizei vorgehen, hält Morgenstern für unmöglich. Morgenstern: „Wir sympathisieren völlig mit der Polizei."

Den politischen Hintergrund der „Bürgerwehr" sieht Morgenstern so: Gegen eine Diktatur von rechts und gegen eine Diktatur von links. Bezeichnend nennt er, wie die Polizei „ihre Köpfe hinhalten" muss. Die Staatsgewalt hält Morgenstern hoch. Aber den „Linken, Jusos, wie sie alle heißen" gilt die Aufmerksamkeit der „Bürgerwehr". Auch an der Universität.

Denn einige Studenten, die sich auf die Anzeige hin bei ihm gemeldet hatten, wollten den „Terror an der Uni" nicht mehr mitmachen. Seit der Gründung der Gruppe — so gibt Morgenstern zu — ist die „Bürgerwehr", allerdings nicht in Göttingen, auch schon aktiv geworden. Weitere Einzelheiten wollte er dazu nicht nennen. Stillschweigend bewahrt Morgenstern auch über die Herkunft von „Spenden von reichen Leuten". Jedenfalls — so Morgenstern — seien sie zweckgebunden „für eine gerechte Sache" ausgeben worden.

Und man lege Wert darauf, daß keine Kriminellen, keine Schläger, keine Säufer, keine Schlappschwänze in die Gruppe kommen, sondern „biedere Familienväter, biedere Bürger".

Morgenstern: „Unsere Kinder sollen in Freiheit aufwachsen", ohne daß abends Fixer, Mob oder Verbrecher die Straße beherrschen. Deshalb ist die Göttinger Bürgerwehr auch nichts für Frauen. Morgenstern: „Das ist nur etwas für harte Männer."

Gut zu sprechen ist Morgenstern auf ausländische Arbeitnehmer. Sie haben seiner Meinung nach durch Arbeit und Fleiß zum Wohlstand in der Bundesrepublik beigetragen. Zivilcourage hält Morgenstern („Mein Vater ist Widerstandskämpfer gewesen") auch nicht für notwendig. Bis jetzt sei es in Göttingen ja relativ ruhig gewesen.

aus:Göttinger Allgemeine 26.4.1973

In einer Nacht- und Nebelaktion haben die Politische Polizei und die Schutzpolizei in Westberlin, in Dortmund und in etwa 10 anderen Städten in der BRD die Büros der Gruppe Rote Fahne (KPD[x]) überfallen, Material beschlagnahmt und Privatwohnungen durchsucht. Mitglieder der Gruppe Rote Fahne und des Kommunistischen Studentenverbandes, der Liga gegen den Imperialismus und des Nationalen Vietnamkomitees wurden verhaftet. Die Begründung der Bundesanwaltschaft, die die Aktion veranlaßt hat: "Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung."

Der wahre, politische Grund ist aber ein anderer: die gesamte demokratische und kommunistische Bewegung in der BRD soll kriminalisiert werden. Das Recht der Politischen Organisationsfreiheit soll für fortschrittliche Organisationen links von der SPD aufgehoben werden.
Dabei kommt es den Unternehmern und der Regierung zugute, daß die Gruppe Rote Fahne tatsächlich eine abenteuerliche Politik betreibt. Die Stürmung des Bonner Rathauses anläßlich des Thieu-Besuches, die bewußt gesuchte Auseinandersetzung mit der Polizei, die gewerkschaftsspaltende Politik (die Gruppe Rote Fahne will eine eigene revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO) aufbauen) - das zeigt, daß die Gruppe Rote Fahne in vielen wichtigen Fragen eine falsche Politik macht.

---

[x] Die Gruppe Rote Fahne (KPD) ist nicht identisch mit der seit 1956 verbotenen KPD. Das Verbot gilt heute noch. Die Gruppe Rote Fahne wurde 1970 in Westberlin gegründet.

Warum kam es zu einer solchen Polizeiaktion? Die abenteuerliche Politik der Gruppe Rote Fahne ist nur der VORWAND, um alle Kommunisten und Sozialisten und sogar linke Sozialdemokraten als Terroristen und Spinner zu diffamieren. So nahm der IG Metall Hauptvorstand die RGO-Politik dieser Gruppe zum Anlaß, gleich eine ganze Reihe kommunistischer Organisationen als gewerkschaftsfeindlich zu diffamieren (zum Beschluß des Hauptvorstandes siehe Artikel S.10). Und das, obwohl diese Gruppen sich immer wieder für die Einheit der Gewerkschaften erklärt haben und jede Spaltung, auch der RGO, verurteilt haben.
So versucht der IG Metall Bezirksvorsitzende von Bayern und SPD-Landtagsabgeordnete Erwin Essl den früheren Münchener Juso-Sprecher und jetzigen SPD-Stadtrat Geiselberger mit dem Vorwurf der Zusammenarbeit mit Kommunisten politisch fertig zu machen.
Das sind nur zwei Beispiele aus einer Reihe, die sich beliebig fortsetzen ließe.

Der Polizeiterror gegen die Gruppe Rote Fahne stellt den vorläufigen Höhepunkt der Hetzkampagne gegen demokratische und kommunistische Organisationen dar. Ungeachtet tiefgehender politischer Differenzen zu dieser Gruppe protestieren wir gegen die Verbots- und Unterdrückungsmaßnahmen! Wir erklären uns mit der Gruppe Rote Fahne solidarisch gegen die Verfolgungsmaßnahmen. Denn sie sind nur der Anfang der Versuche von Kapitalisten, Presse, Parteien und Staat alle Kommunisten und Sozialisten zu Kriminellen abzustempeln. Sie sind nur der Anfang davon, alle Organisationen links von der SPD zu verbieten. Gegen jede Einschränkung der Organisationsfreiheit! Sofortige Freilassung der verhafteten Kommunisten! ■



MGW: "Mitbestimmung" am Beispiel "Werkswohnungen"

Auf welche Art und Weise die Kapitalisten versuchen, durch sogenannte Werkswohnungen zusätzlichen Profit aus den ausländischen Kollegen zu ziehen - darüber berichteten wir schon an einigen Beispielen (z.B. Holz-Henkel, s. GBZ Nr. 3).

Nach § 87, Abs. 1 Ziffer 9 des BVG hat der Betriebsrat Mitbestimmungsrecht in der "Zuweisung und Kündigung von Wohnräumen, die den Arbeitnehmern mit Rücksicht auf das Bestehen eines Arbeitsverhältnisses vermietet werden, sowie die allgemeinen Nutzungsbedingungen".

Was die türkischen Kollegen bei den Mündener Gummiwerken sich für dieses Mitbestimmungsrecht kaufen können, zeigt das folgende Beispiel:

MGW - Chefs Fehrensen stopfen 25 türkische Arbeiter in ein nahezu abbruchreifes Haus in der Innenstadt von Hann. Münden und kassieren von jedem 90 DM, insgesamt also monatlich 2250 DM Miete. Nur geringe, allernotwendigste "Renovierungen" sind vorgenommen worden, gerade so viel, um das Haus vor dem endgültigen Zerfall zu bewahren und es zu einer "vom Arbeitsamt für angemessen befundene Unterkunft" zu machen. (So der Text im Arbeitsvertrag der türkischen Kollegen.)

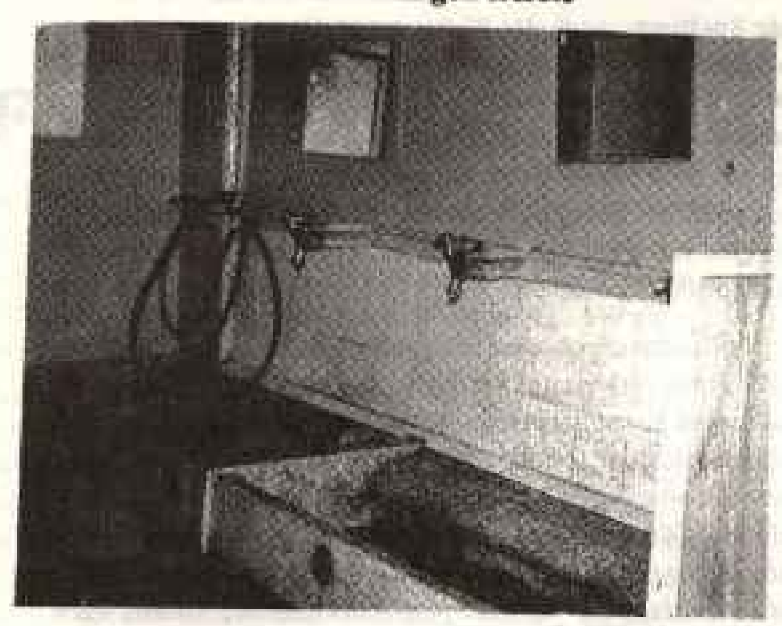
In der Türkei hatte man ihnen versprochen, in einem "seriösen Heim" mit Duschräumen, Waschmaschine, gemütlichem Aufenthaltsraum mit Fernsehapparat usw. wohnen zu können. Unter diesen Versprechungen Fehrensens unterschrieben sie dann auch den Arbeitsvertrag, in dem die 90 DM Miete für jeden gleich festgelegt sind.

Wie sieht dieses "seriöse Heim" in der Hinterstraße nun tatsächlich aus?

- 5 oder 6 Mann "wohnen" in "Zimmern", von denen das größte höchstens 24 qm groß ist (ungefähr 3,8 x 6 m). Und die Möbel? 5 oder 6 alte quietschende Stahlbetten, wie sie heute bestenfalls noch in Gefängniszellen (oder eben in "Gastarbeiterunterkünften) benutzt werden, für jeden einen Eisenspind, die zum Teil noch verzogen sind
- \- ohne Fächer, ohne Haken, ohne Kleiderbügel. Des weiteren ein Tisch, 3 bis 4 Stühle pro Zimmer. Die ganze Beleuchtung ist eine Neonröhre unter der Decke. Gardinen gibt es nicht.
- Für jedes solcher Zimmer kassieren die Fehrensens 450 DM bzw. 540 DM monatlich. Für das ganze Haus sind das im Jahr 27.000 DM. Aber kein Wunder - denn die MGW-Bosse ▶

haben es nötig. So muß Schorse Fehrensen seine Luxusvilla im Tannenkampmit dem eigens für ihn aus Italien herangeschafften Marmor finanzieren.

Zum weiteren"Konfort"der türkischen Kollegen gehören:
1 Küche, bestehend aus einem Raum, in dem sich lediglich 12 Gasflammen, 1 Abwaschbecken und 1 Kühlschrank befinden. Dieser Kühlschrank ist dann auch der einzige für 25 Mann.
Ebenfalls für alle zusammen ist der einzige Waschraum mit drei Wasserhähnen, drei Toiletten und einer Dusche.
Saubermachen müssen die Kollegen selber.



Alle bisherigen Versuche, um bessere Wohnbedingungen und eine niedrigere Miete zu bitten, führten zu nichts. So versuchten die Kollegen Mitte April auf einer Betriebsversammlung, ihre Situation zur Sprache zu bringen. Die Herren Fehrensen spielten die Empörten und versprachen, sich die "Wohnung" einmal anzusehen. Aber nicht die Fehrensen, sondern zwei der "mitbestimmenden" Betriebsräte haben sich einmal in diese Unterkunft getraut.

Was ist seitdem geschehen? Nichts, außer daß man den Kollegen den ohnehin versprochenen Fernsehapparat mit einem Programm jetzt endlich gegeben hat. Außerdem hat man versprochen, Gardinen für die (z.T. sogar vergitterten Fenster und noch zwei Kühlschränke kommen zu lassen.

So sieht also die Mitbestimmung in der Praxis aus!

Keine Rede von Ablehnungder"Nutzungsbedingungen", keine Rede davon, daß der Betriebsrat sich gegen die Wuchermiete von isgesamt 2250 DM monatlich wehrt!
Dabei verstoßen die Wohnbedingungen in vielen Punkten gegen die"Richtlinien für die Unterkünfte ausländischer Arbeitnehmer in der BRD", herausgegeben vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (siehe Kasten).

Ablenkungsmanöver -ein paar Kühlschränke mehr, ein Fernsehapparat und ein paar Gardinen- das ist alles, was bei der Mitbestimmung herausgekommen ist.
Nicht durch Mitbestimmung, sondern nur durch Kampf können die türkischen Kollegen ihre Situation verbessern. Dazu sind sie natürlich auf die Unterstützung ihrer deutschen Kollegen angewiesen. Die deutschen und ausländischen Arbeiter stehen dem gleichen Klassenfeind gegenüber.

DEUTSCHE ARBEITER, AUSLÄNDISCHE ARBEITER - EINE KAMPFFRONT

II,2: "Bei Gemeinschaftswohnungen muß von der Gesamtgrundfläche auf jede Person mindestens 6 qm Schlafraumfläche entfallen" (ohne Flur, Toiletten, Waschräume).	▸ Bei MGW haben die Kollegen 4 bis 5 qm zur Verfügung.
III,4: "Mehr als vier Betten dürfen in einem Raum nicht aufgestellt werden."	▸ Die Kollegen von MGW wohnen zu fünft oder sechst in einem Raum.
III,8: "Für jeden Bewohner muß ein verschließbarer, in der Längsachse in zwei Abteilungen unterteilter Schrank angemessener Größe vorhanden sein, sodaß der Bewohner an einer Seite die Anzüge, und an der anderen die Wäsche und andere Privatgegenstände unterbringen kann."	▸ Den Kollegen steht gerade pro Mann ein Eisenspind zur Verfügung.
IV,1: "Für jeden Bewohner muß ein abschließbares Fach zum Aufbewahren der Lebensmittel...vorhanden sein."	▸ Für die Kollegen ist kein einziges abschließbares Fach vorhanden, nur ein Kühlschrank für alle 25.
IV,2: "Die Waschräume müssen...in der Nähe des Schlafraumes liegen. Für 5 Bewohner ist mindestens eine Waschstelle vorzusehen."	▸ Im MGW-Heim dagegen sieht das so aus: 3 Wasserhähne für 25 Mann, und zwar im Erdgeschoß, während die "Zimmer" im 1. Stock liegen und kein Wasser haben.
IV,5: "Die Aborte sollen in der Nähe der Schlafräume liegen. Für je 10 Männer müssen mindestens ein Urinarbecken und ein Abortsitz vorhanden sein."	▸ Die Toiletten sind im Erdgeschoß und für alle 25 Kollegen ist ein einziges Urinarbecken vorhanden.

Diese Richtlinien für sich genommen werfen schon genügend Licht auf die Bedingungen, unter denen die ausländischen Kollegen in der BRD leben müssen. Man bedenke: jedem Unternehmer ist erlaubt, in einem Zimmer vier Erwachsene zusammenzupferchen.
Und in der Praxis sieht das so aus, daß diese für die Unternehmer großzügigen Bestimmungen noch nicht einmal eingehalten werden. Die Richtlinien sind schlimm genug, die Wirklichkeit ist noch schlimmer.

IMPRESSUM
Die GÖTTINGER BETRIEBSZEITUNG (GBZ) wird hergestellt und vertrieben vom Verein Göttinger Betriebszeitung e.V. 34 Göttingen, Rote Straße 1, Telefon 0551/4 26 17. Presserechtlich verantwortlich: R. Bornemann. Druck: H. Ahlbrecht 34 Göttingen, Levinstraße 9a.

INSANLIK DIŞI BARINAKLAR

MGW "Fabrika yurtlarında" söz hakkı nasıl kullanılıyor ?

Kapitalistlerin yabancı işçilerin sırtından fabrika yurtları vasıtasıyla nasıl ekstra kar sağlamaya çalıştıklarını biliyoruz. Bu konuda daha önce de bir çok misaller vererek bahsetmiştik. (Mesela GB2 Nr. da Bula-Benkel hakkında.)
İşletmeler kanununun Paragraf 87,fikra 1 madde 9 una göre "İşçilere fabrikayla olan iş münasebetleri dolayısıyla kiralanan yurtların tesbitinde ve reddinde ,aynı zamanda genel kullanma şartlarının tesbitinde " işçi temsilcilerinin söz hakkı vardır. Bu söz hakkının türkiyeli meslekdaşlarımıza neler getirip neler getirmediğini aşağıdaki misallerle anlatalım :
MGW patronları Ferensenler 25 türkiyeli işçiyi Hann.Münden'in iç kısmında yıkını yakın bir eve tıkmışlar ve her birinden ayda 90 DM kira almaktadır; yani ayda toptan 2250 DM kira.Evde ancak "Arbeitsamt tarafından münasip bir yurt"denecek kadar ve evi tamamiyle harap olmaktan kurtaracak kadar tamirat yapılmıştır.
Türkiyede onlara şöyle denmişti : sizlere duşlu,çamaşır makinalı rahat oturma salonu olan güzel bir yurt vereceğiz.Verilen bu sözler üzerine işçi arkadaşlar kontratlarında 90 DM kira vermeyi kabul etmişlerdi.
Elmstr.daki bu münasip yurt aslında nasıl bir yurttur.?
5 veya 6 kişi en büyüğü 24 m^2 (aşağı yukarı 3.80 x 6 m) olan bu odalarda yaşamaktadırlar.
Bu güzel yurdun güzel mobilyaları nasıl ? Ancak mapushanelerde (veya görüldüğü gibi yabancı işçi yurtlarında) rastlanan ve devamlı gıcırdayan eski çelik karyolalar,herkes için çoğu yanık ,bölmesiz , ahşaptan demirden eski asker dolapları . Ayrıca oda başına bir masa ve 3-4 sandalya.Bütün aydınlatma tertibatı tavandaki bir neon lambadan ibaret ve bu zayıf ışıkta gözü bozmak sanat değil.Pencereye gelince tül perdesi yok.
İşte bu güzelim odalar için Ferensenler ayda 450-540 DM kira almaktadırlar.Bütün ev için senede 27.000 DM.Bunu çaşmamak lazım, bütün patronlar böyledir.MGW şefleri ..... sokağında lüks villa yaptırmaktadırlar.Ve bu villanın mermerleri hususi olarak İtalya'dan getirtilmektedir.Tabii ki bunun finanse edilmesi lazım.Ve yarın o güzelim mermerlerde işçilerin alın teri ve nasırlı ellerinin izini çoğu göremeyecektir.

Türkiyeli işçilerin diğer konforları şunlardır : bir odadan ibaret olup içinde 12 gazocağı,bir lavabosu ve bir buzdolabı bulunan bir mutfak ve bu buzdolabı üç kişi için değil,beş kişi için değil tam yirmibeş kişi için.Ayrıca yine hepsi için müşterek üç musluklu üç tuvaletli ve bir duşlu bir yıkama odası.Arkadaşlar çamaşırlarını burada elle yıkamaktadırlar.
Daha insanca ikamet şartları ve daha ucuz kira için yapılan bütün çabalar şimdiye kadar bir netice vermemiştir.Alman arkadaşlarında yapılan bir toplantıda türkiyeli işçiler dertlerini dile getirdiler. Ferensenler şaşırmış ve utanmış gibi görünüp bir defa yurdu görmeye geleceklerine söz verdiler.Fakat Ferensenler gelmedi,ancak "söz hakkı" olan işçi temsilcilerinden ikisi bir defa gelmek zahmetinde bulundular.O zamandan bu zamana neler oldu . ? Hiç,sadece ellerine geçer diye tek programlı eski bir televizyon verildi.Ayrıca bir kaç tane buzdolabı ve pencerelere tül perde geleceğine dair yeniden söz verildi.Tutulmayan sözü vermekten kolay ne var ? Fakat işçi arkadaşların en önemli meselesi olan kira ve temizlik meselesine hiç yanaşmadılar.

<u>İşte söz hakkının pratikteki durumu böyle</u> !

Hani işçi temsilcilerinin bu kötü şartlara koyması,hani bu fahiş fiyatları reddetmek.!
Bunların yanı sıra oturma şartları,iş ve sosyal düzen bakanlığı tarafından yayınlanan 'Almanyadaki yabancı işçilere ait ikametgahlar için ana hatlar' ına bir çok noktalarda uygun düşmemektedir.(Bunun için çerçeveli yazı okun)
Bir kaç buzdolabı ve tül perde için verilen söz,tek programlı eski bir televizyon -- İşte"söz hakkı" nın getirdikleri,bir iki şekerin oyalama başka bir şey değil.
Türkiyeli işçiler problemlerini,öyle bir kağıt parçasından ileri gitmeyen haklarla değil,ancak birlik halinde verecekleri mücadeleyle çözebilirler.Bu mücadele,dünya işçi mücadelesinin bir parçasıdır ve alman işçilerin internasyonal dayanışması ile daha da güçlü olur.Türkiyeli ve almanyalı işçilerin sınıf düşmanları aynıdır.

TÜRKIYELI IŞÇILER , ALMANYALI IŞÇILER !
BIR SAFTA SAVAŞALIM !



<u>II.2</u>	Toplu halde alınan yerlerde adam başına en az 6 m^2 yatacak yer düşmelidir.(Bu yere tuvalet banyo ve salon dahil değildir)	▶ MGW yurdunda işçi arkadaşlara ancak 4-5 m^2 yer düşmektedir.
<u>III.4</u>	Bir odada 4 yataktan fazla yatak yasaktır.	▶ MGW yurdunda odalarda 5-6 yatak var.
<u>III.8</u>	Adam başına kilitlenebilen,uzunlamasına iki kısma ayrılmış,bir kısmında elbise asacak,öbür kısmında çamaşır konacak bölmeleri olan bir dolap verilmelidir.	▶ İşçi arkadaşlara sadece daracık tek kısımlı demir bir dolap verilmiştir.
<u>IV.1</u>	Adam başına yiyecek maddeleri konacak ve kilitlenebilen bir dolap vermek şarttır.	▶ MGW yurdunda işçi arkadaşların kilitli tek bir dolabı yoktur.
<u>IV.2</u>	Banyo yerleri .... yatak odasının yakınında olmalıdır.Her 5 kişi için bir yıkama yeri olmalıdır.	▶ MGW yurdunda birinci katta yatılır ve burada tek bir musluk yoktur.Zemin katta ise 25 kişi için 3 musluk vardır.
<u>IV.5</u>	Her 10 kişi için bir sidiklik ve bir tuvalet bulunmalıdır.	▶ 25 kişi için 3 tuvalet ve sadece 1 sidiklik bulunmaktadır.

Aslında bu ana hatlar ,yabancı işçileri Almanya'da hangi kötü şartların beklediğini anlatmaya yeter.Düşünün ,her fabrikatöre kanunen dört yetişmiş insanı bir odaya tıkma hakkı tanınmıştır. Aslında patronların menfaatine gayet uygun düşen ve işçiler için yeteri kadar kötü olan bu şartlar bile yerine getirilmeyip fabrikatörler tarafından insafsızca çiğneniyor.İş ve Sosyal düzen bakanlığının çıkardığı bu ana hatlar kötünün kötü,fakat hakikat daha da beter.

"Interne Konsequenzen ..."

" - das ist das Schlagwort, mit dem seit Anfang des Jahres die Führung der DGB-Gewerkschaften auf die ständig wachsende Kritik an ihrer bisherigen Politik antworten. Statt dieser berechtigten Kritik Rechnung zu tragen, wird massiv gegen den wachsenden Widerstand angegangen. Was hinter diesem Schlagwort steckt, wird von Tag zu Tag deutlicher: in allen DGB-Gewerkschaften wird mit unliebsamen Mitgliedern aufgeräumt, konsequenter gewerkschaftlicher Arbeit werden Steine in den Weg gelegt. Die "internen Konsequenzen" bedeuten nichts anderes als Maßnahmen zur Unterdrückung von Kritik, Abbau von innergewerkschaftlicher Demokratie, Rausschmisse - bis hin zur Spaltung der Einheitsgewerkschaften. Die folgenden Beispiele machen besonders deutlich, daß es darum geht, "linke" Kritiker loszuwerden. Dazu ist den Gewerkschaften notfalls jedes Mittel recht:

GÄNGELUNG DER VERTRAUENSLEUTE...

Ohne weite Diskussion in der Mitgliedschaft hat der Vorstand der IG Metall neue Richtlinien für die Arbeit der gewerkschaftlichen Vertrauensleute erlassen.
Die alten Richtlinien standen zur Überarbeitung an, nachdem auf dem letzten Gewerkschaftstag der IGM eine Reihe von Änderungsanträgen zu diesem Thema gestellt wurden. Die Neufassung dieser Richtlinien (die satzungsähnlichen Charakter haben - im Unterschied zu den "Leitsätzen", die gewekschaftspolitische Aussagen zu Vertrauensleutearbeit enthalten) trägt eine ganz bestimmt Handschrift: die Richtlinienänderung läuft darauf hinaus, die Vertrauensleute wieder zum verlängerten Arm des Betriebsrats zu machen. Die selbständige Stellung der Vertrauensleute soll beschnitten werden, der sozialpartnerschaftliche Grundzug betrieblicher Gewerkschaftsarbeit soll abgesichert werden. Diese Richtlinienänderung widerspricht vollständig dem Sinn der Änderungsanträge auf dem letzten Gewerkschaftstag (siehe Kasten). In den neuen Richtlinien sind gerade diejenigen Aufgaben gestrichen worden, die den Vertrauensleuten eine gewisse selbständige Aufgabe in der Vertretung der Interessen der Mitglieder zuwies.
Davon ist in den neuen Richtlinien überhaupt nicht mehr die Rede. Die Vertrauensleute dürfen lediglich "Meinungen, Anregungen und Forderungen der IGM-Mitglieder ihres Wirkungbereiches den zuständigen Stellen vortragen(!) Die Gewerkschaftsführungen haben gemerkt, daß die Vertrauensleute oft die aktivsten Kräfte im Betrieb waren, wenn es um die konsequente Vertretung der Arbeiterinteressen ging. Oft genug widersprach diese konsequente Arbeit der Politik der Sozialdemokraten in den Gewerkschaftsführungen. Deshalb sollen die Vertrauensleute wieder zurückgepfiffen werden.
Wenn dies Mittel jedoch nicht ausreicht, greift man auch zu schwereren Geschützen:

...VERTRAUENSLEUTEKÖRPER AUFGELÖST

Die Verwaltungsstelle Hamburg der IG Chemie beschloß am 6.3.73 die Auflösung des Vertrauensleutekörpers des Chemiebetriebes Reichhold-Albert-Chemie AG. Diese Zerschlagung des Vertrauensleutekörpers ist der bisherige Höhepunkt der Auseinandersetzung zwischen den Vertrauensleuten bei Reichhold und den sozialpartnerschaftlichen Funktionären der Verwaltungsstelle um eine konsequente Arbeiterpolitik. Schon länger schwelte dieser Konflikt; zum Ausbruch kam er anläßlich der letzten Chemie-Tarifrunde: die Kollegen bei Reichhold hatten in dieser Tarifrunde Forderungen aufgestellt, die nicht den Beschlüssen des Hauptvorstandes entsprachen. (So hatten die Vertrauensleute einstimmig 200 DM linear gefordert, die offizielle Forderung lag zwischen 11 und 12 %) Die konsequente Lohnpolitik der Reichhold-Vertrauensleute paßte nun nicht in das Konzept einer "realistischen Tarifpolitik" der Gewerkschaftsbürokraten. Sie begannen nach dem Auflösungsbeschluß mit einer Verleumdungskampagne gegen diese aktiven Kollegen, deren Arbeit der Verwaltungsstelle schon lange ein Dorn im Auge war.
Zu "begründen" versuchten die Chemie-Funktionäre diesen Angriff auf die gewerkschaftliche Demokratie damit,

> **Anträge zum IG Metall -Gewerkschaftstag 1971**
> Antrag 434 der Verwaltungsstelle Düsseldorf
> Der 10. ordentliche Gewerkschaftstag möge beschliessen:
> Der gewerkschaftliche Vertrauenskörper ist Träger gewerkschaftlicher Aktionen und gewerkschaftlicher Willensbildung. Er vertritt die Interessen der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer und hat in Abstimmung mit den Beteiligten Einfluß zu nehmen auf
> - die Einhaltung und Gestaltung der Tarifverträge, der Arbeitnehmerschutzgesetze und der Betriebsvereinbarungen
> - das Verhältnis von Lohn und Leistung
> - die Besetzung und Gestaltung des Arbeitsplatzes
> - die Pausen und Springerregelungen
> - das Arbeitstempo und den Arbeitsrhythmus
> - die Mehrmaschinenbedienung
> - Investitionen und Einsatz der Produktionsmittel in seinem Arbeitsbereich
> - die Wahl der Vorgesetzten usw.
>
> Bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben genießen die gewerkschaftlichen Vertrauensleute den Schutz der Organisation. Sie dürfen in keiner Weise der Friedenspflicht nach dem BetrVG unterworfen werden.
> Die IG Metall hat die Aufgabe, diese Einflußnahme der Vertrauensleute durch Tarifverträge, insbesondere durch betriebsnahe Tarifverträge durchzusetzen.

daß "eine kleine Gruppe mit extremen politischen Zielsetzungen seit geraumer Zeit die Arbeit der übrigen Vertrauensleute sabotiert und blockiert". Inzwischen hat die weitere Entwicklung die Lügen der Verwaltungsstelle entlarvt; die "ehemaligen" Vertrauensleute veröffentlichten eine Stellungnahme und sammelten Unterschriften. Der Erfolg spricht für diese Kollegen: mehr als ein Drittel der Organisierten stimmten bisher mit ihrer Unterschrift für Neuwahlen und verurteilten den Schritt der Verwaltungsstelle.
Die Reichhold-Ereignisse sind inzwischen auch von den Vertrauensleuten bei Beiersdorf in Hamburg aufgegriffen worden. Die Vertrauensleute von Beiersdorf solidarisierten sich mit den Reichhold-Kollegen. Inzwischen hat die Verwaltungsstelle in ihren Angriffen gegen alle fort- ▶

schriftlichen Kollegen weitere Schritte unternommen. Sie verbot eine Vertrauensleutezeitung, in der kritische Stellungnahmen zur Vorbereitung der diesjährigen Tarifrunde enthalten waren.

BLANKOVOLLMACHT FÜR AUSSCHLÜSSE...

Wenn solche Mittel wie eben geschildert zur Unterdrükkung von Kritik auch nicht ausreichen sollten, greift man halt auch zum Mittel der Ausschlüsse:
Der Beirat der IG-Metall hat in einem Beschluß die Zugehörigkeit zu politischen Organisationen, die die "Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO)" tragen, für unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der IG Metall erklärt. Der Beschluß hat folgenden Wortlaut:

> "Die Zielsetzung und Aktivitäten der unter den Bezeichnungen KPD, KPD/ML, KPD/AO, Arbeiterbasisgruppen, Kommunistischer Bund, Kommunistischer Arbeiterbund und Kommunistische Arbeiterpresse tätigen linksextremistischen Gruppen und der von ih_nen getragenen sogenannten Revolutionären Gewerkschaftsopposition sind gewerkschaftsfeindlich. Die genannten Gruppierungen werden zu gegnerischen Organisationen erklärt. Die Zugehörigkeit zu diesen Organisationen ist unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der Industriegewerkschaft Metall. Mitglieder der Industriegewerkschaft Metall, die sich an deren gewerkschaftsfeindlichen Aktivitätenbeteiligen, oder diese unterstützen, verstoßen gegen die Interessen unserer Gewerkschaft und müssen mit dem Ausschluß rechnen."

Nach diesem Beschluß werden Mitglieder der IG Metall die Mitglieder einer dieser Organisationm sind, ohne Verfahren ausgeschlossen. Unterstütz ein IGM-Mitglied durch Tragen entsprechender Transparente, Verteilen von Flugblättern usw. die Ziele dieser Gruppen, ohne daß ihm eine Mitgliedschaft nachgewiesen werden kann, dann wird ein Ausschlußverfahren gegen ihn eröffnet.
Künftig ist jeder, der lineare Lohnerhöhungen fordert, um die weitere Spaltung der Lohnabhängigen zu verhindern, jeder, der für Urabstimmungen vor Tarifabschlüssen ist, RGO-verdächtig und kann ausgeschlossen werden. Jeder der bei den Lohnforderungen von den Interessen der Arbeiter, Angestellten und Lehrlingen ausgeht und nicht von den Lohnleitlinien der SPD/FDP-Regierung, kann als gewerkschaftsfeindlich eingestuft und rausgeschmissen werden.

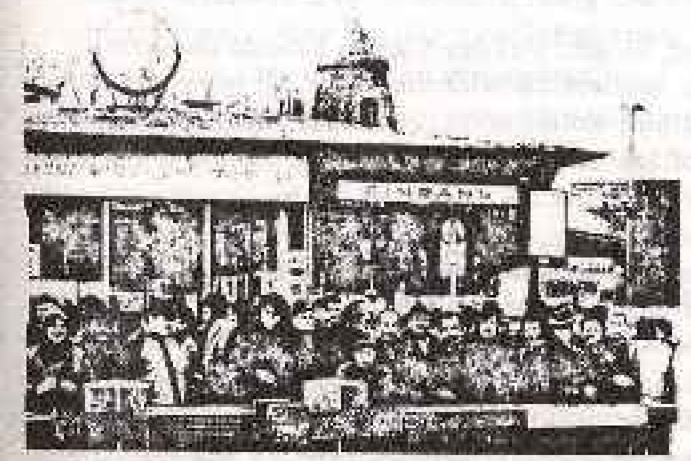
Der Unvereinbarkeitsbeschluß der IGM ist die Reaktion der Gewerkschaftsführung darauf, daß imme r mehr Kollegen bereit sind, für ihre Interessen zu kämpfen.
Die abenteurliche Politik einiger Gruppen dienst als willkommener Vorwand, um jede Kritik gegen die bisherige Gewerkschaftspolitik mundtot zu machen und auszuschalten.
Das eigentliche Ziel ist: sozialpartnerschaftliche Politik der Gewerkschaftsführungen soll abgesichert werden.

WER GEGEN DIE EINHEITSGEWERKSCHAFTEN VERSTÖSST, IST EIN SPALTER

In der Einheitsgewerkschaft haben sich sozialdemokratische, christliche, parteilose und kommunistische Arbeiter und Angestellte zusammengeschlossen, um gegen die Unternehmer zu kämpfen und die eigenen Interessen zu verteidigen. Dabei muß jede politische Gruppierung (die nicht gegen die Gewerkschaften überhaupt ist) für ihre Vorstellung von gewerkschaftlicher Arbeit eintreten können. Sowohl der Unvereinbarkeitsbeschluß als auch die anderen Maßnahmen sind Versuche, die Gewerkschaftsmitglieder mit bürokratischen Methoden auf die bestehende offizielle Gewerkschaftspolitik festzulegen, und das heißt auf SPD-Regierungslinie.
Wer also gegen diese Politik aufmuckt, wer für eine konsequente Vertretung der Arbeiterinteressen eintritt, kann ausgeschlossen werden. Dies ist ein schwerer Verstoß gegen den Gedanken der Einheitsgewerkschaft. Nicht die sogenannten "Linken" sind hier die Spalter, sondern die Gewerkschaftsführungen. ●



Wir gehen nach vorn!



Bericht über den Streik der Profilwalzwerker bei Mannesmann im März 1973

VKT

Unter diesem Titel ist ein spannend geschriebenes Buch erschienen, in dem ein Streikteilnehmer über den Streik von Mannesmannkollegen im Februar 1973 berichtet. Die Taktik und die Tricks der Kapitalisten werden dargestellt. Die wachsende Stärke und das zunehmende Selbstvertrauen der streikenden Kollegen wird geschildert. Viele Dokumente sind verarbeitet.

Anschließend versucht der Autor eine Einschätzung der verschiedenen kommunistischen Organisationen, wie sie in den Streik eingegriffen haben.
ERHÄLTLICH FÜR 4.-DM IM
BUCHLADEN ROTE STRASSE Nr. 10.



"Gegen-GBZ" oder...?

In Göttingen soll eine zweite "Betriebszeitung" entstehen. Kollege Henn, früher Angestellter bei Sartorius, jetzt PH-Student und SPD-Mitglied wirbt bereits einzelne Kollegen für die Mitarbeit an dieser Zeitung. Die Geldquelle wird den Kollegen allerdings verschwiegen. Auch Mitglieder der Ortsverwaltung der IG Metall (Pinne, Rott, Kantelhardt) sollen an dem Projekt beteiligt sein.

Was wird das für eine Zeitung werden? Nach unserer Meinung gibt es zwei Möglichkeiten: entweder wird eine offizielle örtliche Gewerkschaftszeitung aufgebaut (so wie auch in anderen Orten, z.B. Darmstadt) oder es wird eine "Gegen-GBZ" aufgebaut, die eng mit der SPD zusammenarbeitet.

EINE OFFIZIELLE GEWERKSCHAFTSZEITUNG?

Wir wissen nicht, ob die Kollegen Pinne, Rott und Kantelhardt in ihrer Eigenschaft als Mitglieder der Ortsverwaltung an dem Projekt mitarbeiten. Wenn das so ist, dann wird eine örtliche, offizielle Gewerkschaftszeitung aufgebaut.

Wir befürworten jede verstärkte gewerkschaftliche Aktivität der Ortsverwaltung. In einer gewerkschaftsoffiziellen Zeitung können Informationen aus den Betrieben, Fragen der Vertrauensleutearbeit, der Bildungsarbeit, der Tarifpolitik usw. behandelt werden. Das wäre eine große Stärkung für die gewerkschaftliche Arbeit am Orte.

ALLERDINGS NUR UNTER EINER VORAUSSETZUNG: eine gewerkschaftsoffizielle Zeitung muß nach demokratischen Grundsätzen arbeiten. Das bedeutet: sie muß den Vertrauensleuten und den Mitgliedern der Organisation verantwortlich sein. Die Redakteure müssen auf jeden Fall gewählt werden, sie dürfen nicht einfach eingesetzt werden. In der Zeitung müssen die unterschiedlichen Auffassungen in der Gewerkschaft zu Wort kommen. Dieser demokratische Weg wird aber von den Kollegen, die die Zeitung ins Leben rufen wollen, nicht beschritten. Sie verheimlichen die Geldgeber und sagen nichts über die Herausgeberschaft. Nur einzelne Kollegen werden angesprochen; die Mitglieder der Gewerkschaft werden über das Projekt nicht informiert. Wenn also eine gewerkschaftsoffizielle Zeitung geplant ist, fordern wir die Ortsverwaltung auf, ihre Vorstellungen unverzüglich vor der Mitgliedschaft offenzulegen und zur Diskussion zu stellen!

EINE "GEGEN-GBZ"?

Falls die Kollegen Henn, Pinne, Rott, Kantelhardt und andere nicht die Gründung einer gewerkschaftsoffiziellen Zeitung vorbereiten, gibt es noch eine zweite Möglichkeit: die Zeitung soll gegründet werden, damit es ein "Gegengewicht" gegen die GBZ gibt. Denn an der GBZ kann ja bekanntermaßen jeder mitarbeiten, der mit ihren Auffassungen übereinstimmt. Eine neue Zeitung kann also sinnvoll nur von Kollegen aufgebaut werden, die nicht mit den Auffassungen der GBZ übereinstimmen. Da gleichzeitig die Kollegen Henn, Rott, Pinne und Kantelhardt aktive SPD-Mitglieder sind, liegt folgende Überlegung nahe: die Zeitung soll als Gegengewicht gegen die Kritik der GBZ an der sozialpartnerschaftlichen Politik der Gewerkschaftsführung und an der SPD-Regierungspolitik geschaffen werden. Das wäre also entweder eine Zeitung von SPD-Betriebsgruppen oder eine Zeitung, die sich eng an die SPD anlehnt. Das liegt auch ganz auf der Linie der SPD-Führungsspitze, die wegen ihrer Regierungspolitik um Einfluß in den Betrieben fürchtet. Statt diese Politik zu ändern, soll jetzt mithilfe von SPD-Betriebsgruppen versucht werden, die schlechte und arbeiterfeindliche Politik in der Arbeiterschaft zu vertreten.

Auch eine solche Zeitung befürworten wir. Sie wird sicherlich die Diskussion in den Betrieben fördern. Sie wird ganz besonders zur Diskussion um die richtige gewerkschaftliche Politik (Tarifpolitik usw.) einiges aus ihrer Sicht beitragen können. Jeder Kollege kann sich dann selbst ein Bild davon machen, was die SPD (Göttingen) unter einer an den Arbeiterinteressen orientierten Politik versteht. Wie gesagt, wir würden es auch bejahen, wenn eine solche Zeitung entsteht.

Aber wir sind absolut dagegen, wenn unter dem Deckmantel der Ortsverwaltung versucht werden sollte, Kollegen für diese Zeitung zu werben. Wir fordern die Kollegen, die die Zeitung ins Leben rufen wollen, auf, klar zu sagen:

- welchen Charakter hat die Zeitung
- wer gibt sie heraus
- von wem wird sie finanziert? ■

Conti

Betriebsratsvorsitzender stellt Verkauf ein

Endlich stellt Kollege Pätzold den Verkauf ein. Wir hatten nie etwas dagegen, daß der Betrieb einen Einzelhandelskaufmann anstellt, der an die Kollegen billig Waren vertreibt. Aber das ist keine Aufgabe für einen Betriebsratsvorsitzenden!

Seit langer Zeit haben viele Kollegen kritisiert, daß der Kollege Pätzold wegen des Verkaufs seinen Aufgaben als Betriebsrat nicht nachkommt. Auch der Kollege Adams (Bezirksleiter der IG Chemie) hat auf einer Tagung mit dem Betriebsrat der Conti Northeim dem Kollegen Pätzold nahe gelegt, den Verkauf einzustellen.

So weit, so gut. Was der Kollege Pätzold aber jetzt macht, verdient die schärfste Kritik. Er behauptet nämlich, einige Kollegen im Betriebsrat hätten dafür gesorgt, daß Kollege Adams ihm den Verkauf verbietet. Damit will er doch nur die Kollegen, die regelmäßig Ware abgenommen haben, gegen die Betriebsräte aufbringen, die sich um eine bessere Betriebsratsarbeit bemühen. Der Verkauf ist aber doch aus sachlichen Notwendigkeiten eingestellt worden: bei Conti Northeim liegt so viel im Argen, daß es sich gar kein Betriebsratsmitglied leisten kann, etwas anderes zu tun, als die Interessen der Kollegen wahrzunehmen; für bessere Arbeitsbedingungen und bessere Akkorde einzutreten.